

Demonstration „Die rechte Welle brechen“, 24. Februar 2024 in Stuttgart

Rede Vertreter:innen der organisierten Antifa-Bewegung Süddeutschland

Hallo Stuttgart,

auch von uns ein herzliches Willkommen auf dieser wichtigen und großen Demonstration.

Wir beide sprechen heute stellvertretend für die antifaschistische Bewegung in Süddeutschland. Wir sprechen stellvertretend für viele, die – von München bis Landau und von Freiburg bis Mannheim – in offenen antifaschistischen Treffen, in antifaschistischen Gruppen und Organisationen alltäglich gegen die Rechtsentwicklung und die Faschist:innen in diesem Land kämpfen. Mit Aufklärungs- und -Bildungsarbeit, mit Recherche, mit Protesten und direktem Widerstand.

Es ist gut, es ist richtig und es ist wichtig, dass heute so viele Menschen zusammenkommen, um sich gemeinsam die Straße zu nehmen. Aber - so ehrlich müssen wir zueinander sein - die Rechtsentwicklung - den Aufstieg der Faschist:innen - werden wir alleine durchs "zusammen demonstrieren" nicht stoppen. Selbst dann nicht, wenn wir jedes Wochenende aufs Neue „Flagge gegen Rechts“ zeigen. Um AfD und Co zu stoppen, braucht es mehr. Es braucht den Schritt von der Meinung zur Haltung, vom Protest zum Widerstand. Darüber wollen wir heute sprechen.

Die AfD ist auf dem Vormarsch. Umfragewerte über 20 Prozent, erste Ämter auf lokaler und regionaler Ebene. Die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete nimmt zu. Erst vor ein paar Tagen gab es in Thüringen Brandanschläge auf Nazi-Gegner:innen.

Wir müssen nicht all zuviel mehr Worte verlieren: Die Lage ist ernst, sie ist hochproblematisch, die ist brandgefährlich. Uns allen hier ist klar: Es ist Zeit zu handeln. Deswegen sind wir hier. Wir denken, wenn wir wirklich etwas gegen das Erstarken der Faschist:innen tun wollen, dann kommen wir nicht umhin, uns mit den Ursachen für deren momentanen Aufstieg auseinander zu setzen. Warum sind Menschen in einem Land mit dieser Geschichte bereit ihr Kreuzchen bei der AfD zu machen?

Woher kommt der Zuspruch für Höcke, Weidel und Co?

Natürlich gibt es in diesem Land schon seit Jahrzehnten einen nicht unerheblichen Prozentsatz der Bevölkerung mit rechten und rassistischen Einstellungen. Das ist ein Problem, aber kein Geheimnis. Die AfD schafft es die Menschen an sich zu binden, die

bisher ihre Heimat bei faschistischen Kleinstparteien wie der NPD oder der DVU hatten, oder CDU/CSU wählten.

Das alleine ist aber nicht die Ursache für den AfD-Höhenflug. Vielmehr werden die Rechten momentan zur Option für viele, die eben kein geschlossenes rechtes Weltbild haben. Menschen die aus Protest, Alternativlosigkeit und Wut der AfD ihre Stimme geben. Menschen, die der rassistischen Hetze von Bild, Welt, Merz, Scholz und Co auf den Leim gehen. Die Perspektivlosigkeit, die Angst vor der Zukunft, die Wut ist dabei schwer von der Hand zu weisen. Überall wo wir hinschauen: Krisen und Probleme. Und nirgendwo wirkliche Lösungen. Klimakrise, Wirtschaftskrise, Gesundheitskrise, Sozialkrise, Krieg.

Die Antworten der bürgerlichen Politik, und damit sind die Ampel und die Opposition gleichermaßen gemeint, auf die immensen Herausforderungen unserer Zeit sind hanebüchen. Sie sind gelinde gesagt eine Katastrophe: Leere Versprechungen und Durchhalteparolen, massive Kürzungen, wo wir hinschauen. Milliardengeschenke an die Konzerne und unvorstellbare Investitionen in todbringendes Kriegsgerät und Aufrüstung. Da darf man sich nicht nur, da muss man sich fragen, für wen hier Politik gemacht wird. Für die Menschen in diesem Land sicherlich nicht. Die Rechten - allen voran die „AfD“ - nutzen diese fatale Politik der Spitzen von SPD, FDP und Grüne geschickt aus. Sie inszeniert sich als „Fundamentalopposition“, als Protestpartei für das einfache Volk und präsentiert eine nationale Lösung. Obwohl das, was sie tatsächlich fordern ein noch schlechteres Leben für viele Menschen in diesem Land zur Folge hätte, gelingt es ihr mit einer Mischung aus Populismus und Rassismus zur Wahloption für Menschen zu werden. Nur, dass wir nicht missverstanden, werden:

Zu verstehen, warum Menschen Rechts wählen, heißt nicht Verständnis dafür zu haben. Rechter Ideologie, rechten Argumentationsmustern, rechten Parolen muss widersprochen werden. Immer, überall und mit aller Konsequenz. Aber: Wenn wir AfD und Co tatsächlich den Nährboden entziehen wollen, dann – und darum muss es uns allen die wir hier sind gehen – kommen wir nicht umhin uns über Alternativen zur desolaten Krisenpolitik der Herrschenden zu machen. Denn die ist maximal mitverantwortlich für den Aufstieg der Rechten.

Was ist damit gemeint? - In aller erster Linie einmal der vermeintlichen „Alternativlosigkeit“ von Baerbock, Habeck, Lindner und Co. zu widersprechen. Es ist schließlich kein Naturgesetz, dass Reichtum ungleich verteilt ist. Es ist kein

Naturgesetz, dass Panzer gebaut werden anstatt Schulen. Es ist kein Naturgesetz, dass der Profit über dem Menschen steht.

Auf den Punkt gebracht: Es gibt keine Notwendigkeit die tiefgreifende Krise des Kapitalismus so zu lösen, wie das aktuell geschieht. Im Gegenteil. Wir alle wissen nur zu gut, dass eigentlich genug da wäre um ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen. Linke, klassenbewusste und antikapitalistische Politik ist dafür ein wichtiger Faktor. Denn, wenn uns die letzten Wochen eins gezeigt haben, dann das: Die großen Demos gegen Rechts, so wichtig und richtig sie waren und sind, haben wenig bis nichts am Zuspruch für die AfD geändert. Wollen wir aber auch daran etwas ändern, müssen wir nicht nur Alternativen zu rechter Hetze und Rassismus schaffen, sondern uns auch stark machen für wirkliche, soziale und gerechte Lösungen auf die Herausforderungen unserer Zeit. Und dabei kann es natürlich nicht darum gehen an irgendwen „da oben“ zu appellieren. Warum auch? Allesamt hatten sie genug Zeit das Richtige zu tun, nichts ist passiert. Sie sind Teil des Problems, nicht der Lösung. Lasst es uns selbst in die Hand nehmen. Dort wo wir leben, dort wo wir arbeiten. Lasst uns widersprechen, wenn für den Krieg getrommelt wird, lasst uns einstehen für eine kämpferische Tarifpolitik anstelle von Sozialpartnerschaft, lasst uns die uneingeschränkte Solidarität mit Geflüchteten leben in linker, ein lebendiger, ein unbequemer und ein solidarischer Widerstand gegen die rechte Realpolitik der Regierung ist ein gewichtiger Bestandteil jeder antifaschistischen Politik. Den Nazis den Nährboden, die Massenbasis zu entziehen, das ist das eine. Das ist die eine Seite einer antifaschistischen Politik die erfolgreich sein kann. Das andere ist, AfD, Identitäre Bewegung, Junge Alternative und wie sie alle heißen mögen zu bekämpfen. Und ja, wir sagen bewusst zu bekämpfen. Wie oft haben wir in den letzten 10 Jahren genau darüber gesprochen, wie oft mussten wir uns rechtfertigen, wie oft wollte man uns nicht glauben. „Lasst die Nazis doch einfach in Ruhe, klappt den Bordstein hoch, das Problem erledigt sich von alleine“ hieß es. Wir haben damals gesagt und wir sagen es heute: Nein, das Problem erledigt sich nicht von allein. Faschist:innen verschwinden nicht von selbst, genauso wenig wie man mit ihnen diskutiert. Faschismus ist und bleibt keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen. Und Faschist:innen müssen bekämpft werden. Überall dort wo sie auftreten. Überall dort wo sie sich breit machen wollen. Auf der Straße, in den Schulen, den Unis, den Betrieben, den Stadtteilen. Mit allem, was wir haben, mit allem, was wir dafür brauchen. Und zwar bevor und nicht erst nachdem sie

stark genug sind. Das ist die entscheidende Lehre aus der Geschichte dieses Landes. Wehret den Anfängen, wehret ihnen mit aller Entschiedenheit!

Das ist es, wenn wir davon reden, dass „Flagge zeigen“ alleine nicht ausreicht. Wenn die AfD das nächste Mal in unseren Städten Fuß fassen will, wenn Kundgebungen oder Veranstaltungen anstehen, dann kann es nicht mehr nur darum gehen zu protestieren. Wir – alle zusammen die wir hier sind – sollten vieles daransetzen, diese Auftritte zu stören, zu blockieren, zu verhindern. Warum? - Wenn es uns ernst ist damit, ein Erstarken der Faschist:innen zu verhindern, dann müssen wir sie an ihrer Entwicklung hindern. Dort wo die Partei keine Infrastruktur hat, dort wo Funktionär:innen gesellschaftlich geächtet sind, dort bleibt ihr Handlungsspielraum begrenzt. Politik, gesellschaftliche Stimmung, Mehrheiten – das ist nicht einfach nur eine Sache der Parlamente, das ist eine Sache der Straße, der Orte an denen wir leben, arbeiten und unsere Freizeit verbringen. Es ist unsere Sache. Dort können, dort sollten wir – alle die wir hier sind – handeln, widersprechen, einschreiten. Alleine ist das schwierig, ohne Frage. Wer schon einmal versucht hat den rechten Stammtisch- Parolen zu widersprechen, weiß das. Wer schon einmal versucht hat einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren, weiß das. Aber wenn wir uns heute umschauen, wer ist dann noch alleine? Lasst uns diese Chance hier und heute nutzen. Antifaschismus ist und bleibt eine Sache, die von unten, die von uns allen hier gelebt und organisiert werden muss. Das ist nicht immer einfach und oft unbequem. Aber: Das nimmt uns niemand ab. Nicht die Parlamentsparteien, die oft genug die Forderungen der AfD übernehmen um Wähler:innenzuspruch zu bekommen. Und auch nicht die staatlichen Institutionen, die – das wissen wir alle – oft genug durchsetzt sind von rechtem Gedankengut. Wer erinnert sich nicht an die unzähligen rechten Chatgruppen der baden-württembergischen Polizei, wer erinnert sich nicht an die Beteiligung des Verfassungsschutzes an den Verbrechen des NSU ernst gemeinter Antifaschismus muss Grenzen überschreiten, die wir uns ansonsten im gesellschaftlichen Miteinander setzen.

Wir wissen, dass wir uns damit hier nicht nur Freund:innen machen. Wir wissen, dass es vielen hier schwerfällt, sich mit dieser Erkenntnis auseinanderzusetzen. Aber, sie gehört nunmal dazu: Wer die Faschist:innen stoppen will, der/die muss proaktiv handeln. Der/die muss ihnen die Fackel aus der Hand schlagen, bevor das Haus brennt. Keine leichte Sache, keine schöne Sache, aber eine notwendige. Deswegen möchten wir an dieser Stelle an all jene Menschen denken und erinnern, die Eingeschritten sind, bevor es zu spät war, die wegen ihres legitimen antifaschistischen Engagements in diesem

Land hinter Gittern sitzen oder auf der Flucht sind. Sie sind Teil unserer Bewegung. Es ist einige Jahre her, aber manchmal ist es nicht schlecht sich zu erinnern. 2008 haben 30.000 Menschen den sogenannten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ einer AfD-Vorläuferstruktur in Köln blockiert. 2010 und 2011 haben Zehntausende Antifaschist:innen in Dresden Europas damals größten Naziaufmarsch verhindert. Beides, Köln wie Dresden, waren wichtige Erfolge für die antifaschistische Bewegung. Beide Ereignisse haben den Weg der Faschist:innen aus der Isolation hin zur AfD nicht verhindert, wohl aber nachhaltig verzögert. Beides, Köln wie Dresden, hat gezeigt: Antifaschistischer Widerstand ist möglich und erfolgreich. Immer dann, wenn er viele Menschen integriert. Immer dann, wenn er die Mittel wählt, die notwendig sind. Immer dann, wenn er selbst handelt, anstatt sich auf andere zu verlassen. Darum muss, darum sollte es uns auch heute gehen. Vielen Dank.